Bern spart nach Defizit beim Personal

Finanzen 15,5 Millionen Franken muss die Stadt Bern noch in diesem Jahr einsparen. Dafür will sie den geplanten Stellenausbau stoppen.

Sophie Reinhardt

Die Stadt Bern hat sich verrechnet. Im vergangenen Jahr hat sie über 34 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen als budgetiert. Die Rechnung 2019 schliesst deshalb mit einem Defizit von 17,2 Millionen Franken ab. Nun müssen sämtliche Direktionen den Gürtel enger schnallen. Dass Ungemach aufzieht, hatte der städtische Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) bereits im Januar ankündigt. Nun präsentierte er am Donnerstagmorgen das damals angekündigte städtische Sparpaket. Im laufenden Jahr will die Stadt den Haushalt damit um 15,5 Millionen Franken ent-

Das Personal steuert 3,5 Millionen Franken an das Sparpaket bei. Entschieden hat sich der Gemeinderat für die Einführung einer Mindestvakanz von vier Monaten bei der Wiederbesetzung von Stellen, einen Stellenstopp für neue Stellen ausserhalb der Finanzplanung und den Verzicht auf die Ausrichtung von Prämien für seine Mitarbeitenden. Weitere 12 Millionen Franken sollen die Direktionen in eigener Kompetenz nach einem fixen Quotenschlüssel beisteuern. Grössere Direktionen müssen demnach mehr einsparen als kleinere.

Vollzeitstellen eingespart

In den letzten Jahren wuchs nicht nur die Berner Bevölkerung, sondern auch die Zahl der Angestellten der Stadt. Auch dieses Jahr hatte sich der Gemeinderat wieder vorgenommen, die Verwaltung auszubauen. Das Parlament hatte den Ausbau bereits genehmigt. Nun gab der Gemeinderat am Donnerstag bekannt, dass auf den geplanten Stellenausbau teilweise verzichtet werde. 12,2 Stellen, welche die Stadt Bern neu schaffen wollte, werden aus Spargründen nun doch nicht ausgeschrieben. 13,5 weitere bestehende Stellen werden abgebaut. Besonders müssen die fünf Direktionen 12 die mitarbeiterreichste Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) verzichtet etwa auf die Aufstockung der Besetzung der Schulsozialarbeit und muss eine Reduktion bei der Gasseninterventionstruppe Pinto vornehmen. Insgesamt reduziert die Direktion von Franziska Teuscher (GB) so 11



Die Münsterplattform soll aus Spargründen dieses Jahr nicht mehr von der Securitas bewacht werden. Foto: Adrian Moser (Archiv)

Aber auch die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS) unter der Leitung von Ursula Wyss (SP) reduziert den Stellenetat. Beim Tiefbauamt werden 9 Stellen nicht besetzt, darunter etwa eine Gärtnerstelle. Und die Sicherheitsdirektion von Reto Nause (CVP) streicht 2,4 bereits bewilligte neue Stellen beim Bau- und beim Polizeiinspektorat. Augenfällig ist, dass die Präsidialdirektion sowie die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik sehr wenig Stellen reduzieren. Sie verfügen über weniger Personal und sparen eher bei Projekten.

Die meisten Parteien sind sich einig, dass der Gemeinderat Entlastungsmassnahmen ergreifen musste. Ebenfalls erstaunlich einig ist man sich in der Kritik, dass das Sparpaket wenig strategisch ausfiel. Die Grünliberalen teilen

mit, dass die angekündigten Entlastungsmassnahmen 2020 einem «Hüst und Hott» glichen. «Die aufgelisteten Massnahmen lassen eine klare Strategie vermissen und zeugen nicht von einer langfristigen Finanzplanung», sagt Peter Ammann von der GLP. In den Vorjahren seien insbesondere die Direktionen von Wyss und Teuscher grosszügig berücksichtigt worden – und nun solle nach einem Quotenschlüssel über alle Direktionen gespart werden. Das sei stossend, sagte Ammann.

Priorisierung gefordert

Auch das Grüne Bündnis kritisiert, dass der Gemeinderat die Budgets der Direktionen nach einer fixen Quote kürzen wolle, ohne dass den Massnahmen eine «politische Priorisierung» zugrunde liege. In die gleiche Richtung argumentiert

«Die Massnahmen lassen eine klare Strategie vermissen»

Peter Ammann Grünliberale Partei

die FDP: «Statt eine strategische Aufgabenüberprüfung vornehmen zu können, muss der Gemeinderat für 2020 Ausgaben zusammenstreichen, wo es kurzfristig überhaupt noch möglich ist», heisst es in einer Mitteilung.

Und auch die SP fordert, dass einzelne Direktionen ihre Schwerpunkte noch anpassen. «In der Corona-Krise ist es ratsam, Massnahmen im sozialen Bereich oder bei der Kultur nochmals anzuschauen, damit Betroffene nicht noch stärker unter der Krise leiden», sagt Co-Präsidentin Edith Siegenthaler.

Obwohl die Stadt nun ein Sparpaket schnürte, geht der Berner Finanzdirektor davon aus, auch im laufenden Jahr die Rechnung mit einem Defizit abschliessen zu müssen. Denn die Stadt müsse die Auswirkungen der Corona-Pandemie «soweit möglich abfedern», sagte Aebersold vor den Medien. Die dadurch erwarteten Zusatzkosten könne er derzeit noch nicht beziffern. «Sie dürften den Haushalt aber beträchtlich belasten.» Aus diesem Grund hat der Gemeinderat seine Finanzplanung für die Jahre 2021-2024 noch nicht verabschiedet.

Teuscher spart am meisten ein

Nachdem die Minus-Rechnung der Stadt Bern auf dem Tisch liegt, Millionen Franken einsparen, Seit Donnerstag ist klar, wo dies geschehen soll: bei der Kultur, den Pollern und auf der Münsterplattform. Die grösste Direktion – Bildung, Soziales und Sport unter der Leitung von Franziska Teuscher (GB) - soll vier Millionen Franken sparen. Allein das Schulamt soll mit über einer Million Franken dazu

beitragen und bei den Sachkosten Kürzungen vornehmen.

Um je rund 2,5 Millionen müssen auch die Direktionen für Tiefbau. Verkehr und Stadtgrün (TVS) sowie Finanzen, Personal und Informatik (FPI) sparen. Bei TVS ist die Reduktion beim Unterhalt der Polleranlagen eingeplant, bei den Dienstkleidern der Mitarbeitenden sowie beim Verzicht auf Ökostrom. FPI verzichtet derweil auf eine neue Stelle im Generalsekretariat und

setzt auf Einsparungen bei den

Informatikdiensten. Der Stadtpräsident spart in seiner Direktion 700'000 Franken So kürzt Alec von Graffenried (GFL) bei der Förderung von Kulturschaffenden aller Sparten sowie beim Aktionsplan Gleichstellung. Reto Nauses Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie spart 1,8 Millionen ein, etwa bei der Streichung der Bewachung der Münsterplattform durch Securitas. (sie)

Stadt mit roten Zahlen

Die Rechnung 2019 der Stadt Bern schliesst mit einem Minus von 17,2 Millionen Franken ab. Das Defizit kann aus dem Eigenkapital gedeckt werden. Dieses sinkt damit auf 87,1 Millionen Franken. Entscheidend für das schlechte Ergebnis ist laut Finanzdirektor Aebersold (SP) der Rückgang der Steuererträge bei den juristischen Personen. Bei den natürlichen Personen blieben die Steuereinnahmen verglichen mit dem Vorjahr nahezu konstant. (sie)

Entwicklung der Stadtberner Finanzen

Gewinn oder Defizit, in Mio. Fr.

	Budget	Rechnung
2017	+11,00	+67,00
2018	-1,10	+12,10
2019	+0,43	-17,20
2020	+13,00	(-15,50*)

* Sparpaket, Gemeinderat schliesst Defizit nicht aus Grafik: db / Quelle: Stadt Bern

«Wir müssen weniger Geld ausgeben»

Herr Aebersold, Corona hat Budget und Finanzplan zur Makulatur gemacht. Viele KMU bangen um ihre Existenz. Haben Sie eine Idee, wie stark die Steuereinnahmen zurückgehen werden?

Das ist die zentrale Frage, auf die es heute noch keine Antwort gibt: Werden die Steuereinnahmen der juristischen Personen um ein Drittel einbrechen oder gar um die Hälfte? Wir werden Annahmen treffen müssen. Ob sie eintreffen, wissen wir erst Ende Jahr.

Corona ist Schicksal. Aber bereits in der Rechnung 2018 lagen die Steuererträge von Firmen mit 101 Millionen Franken zwar über Budget, aber

mehr als 12 Millionen unter den Erträgen des Vorjahrs. Hätte man nicht schon damals auf die Bremse treten müssen?

Als wir das Budget 2019 erstellten, lagen die Zahlen der Rechnung 2018 noch gar nicht vor. Zudem nahm damals die Zahl der Unternehmen zu, und die Steuereingänge waren Anfang 2019 sehr positiv.

Daher gab es damals das «Stellenwunschkonzert» mit zuerst 51 und schliesslich 40 neuen Stellen. Bedauern Sie heute diese Grosszügigkeit? Der Gemeinderat hat eine Wachstumsstrategie, die auch eine Hebung der Lebensqualität beinhaltet. Damals stiegen die

Steuereinnahmen ja auch kontinuierlich. Und es gab keine Anzeichen für einen Einbruch bei den Unternehmenssteuern. Zudem wurde dem Gemeinderat vorgeworfen, zu pessimistisch zu budgetieren, um eine Steuersenkung zu verhindern. Im Nachhinein muss ich sagen, man hätte die Steuereinnahmen weniger optimistisch budgetieren sollen. Und bei den Ausgaben hätte man entsprechend zurückhaltender sein müssen.



Michael **Aebersold**

Der Finanzdirektor ist in der Regel ein Warner. Haben Sie diese Rolle nicht gespielt, oder wurden Sie im Gemeinderat nicht erhört?

Meine Aufgabe ist es, für eine nachhaltige Finanzpolitik zu sorgen. Diese Rolle nehme ich wahr. Die Stadt hat einen grossen Nachholbedarf bei den Investitionen und ist bis anhin finanziell gut aufgestellt. Aber wir können nicht so weiterfahren. Mit der Corona-Krise ist der Moment gekommen, auch die Ausgabenseite genau anzuschauen. Zugleich muss die Stadt mithelfen, jetzt und nach der Krise die Konjunktur zu stützen.

Das Budget 2020 sah 13 Millionen Franken Gewinn und die

Schaffung von 27 neuen Stellen vor. Nun gibt es ein Defizit und ein Sparpaket. Kann man ein Budget abändern, das vom Volk verabschiedet wurde?

Der Gemeinderat ist nach Gemeindegesetz verpflichtet, für eine ausgeglichene Budgetierung zu sorgen. Er kann im Rahmen des Budgets Ausgaben tätigen. Das heisst aber nicht, dass er auch muss. Wir müssen weniger Geld ausgeben, wenn ein Defizit droht. Auch wenn das politisch noch zu reden geben wird.

Wird das Sparpaket in Höhe von 15,5 Millionen Franken dem Stadtrat noch vorgelegt? Nein. Der Zielwert gilt. Die Direktionen sind aufgefordert, dies umzusetzen. Ich schliesse nicht aus, dass es aufgrund von Corona noch Anpassungen gibt. Vielleicht erübrigen sich zum Beispiel Massnahmen im öffentlichen Raum, weil es kein Leben auf den Strassen und Plätzen mehr gibt.

Der Finanzplan sieht auch ohne Corona hohe Defizite ab 2021/2022 vor. Wird es weitere Sparmassnahmen geben?

Das ist klar. Inhaltlich kann ich heute noch nichts dazu sagen. Wir werden Finanzplan und Budget frühestens im Juni präsentieren.

Interview: Bernhard Ott